



Steuern ja, aber einfacher!

Steuern ja, aber einfacher!
Selbstanzeigen und Steuer-CDs bringen in immer kürzeren Abständen spektakuläre Fälle von Steuerhinterziehung ans Licht. Internationalen Unternehmen gelingt es, durch ausgefeilte Steuerplanung die Steuerschuld mancherorts gegen null gehen zu lassen. Andererseits klagen Unternehmen immer lauter über den Verwaltungsaufwand der Steuererhebung.
Elektronische Datenverarbeitung soll den Informationsstand der Finanzbehörden verbessern und zugleich den Erhebungsaufwand in Grenzen halten. So hat sich auch für den Normalbürger viel geändert: Die Abgeltungssteuer wird ohne sein Zutun abgeführt, Steuer-Software und das Elster-Portal helfen bei der Steuererklärung. Die Finanzbehörden gehen sogar noch einen Schritt weiter: Seit diesem Jahr können Steuerpflichtige erstmals die vorausgefüllte Steuererklärung nutzen. Das Elster-Portal stellt viele steuerlich relevante Daten online zusammen, der Bürger muss nur noch prüfen. Das bringt für alle Beteiligten Erleichterungen, spart Zeit und Kosten. Doch gleichzeitig werden noch mehr sensible Daten online ausgetauscht.
Eine Forschergruppe der Lehrstühle Sozialpolitik, Soziologie und Steuerlehre der FAU untersuchte im Rahmen des Emerging Fields Projekts "Taxation, Social Norms, and Compliance" die Meinung von Arbeitnehmern in Deutschland rund um das Thema Steuern. Dabei wurden im Sommer 2013 in einer repräsentativen Telefonumfrage 1004 Haushalte befragt, deren Haupteinkommen aus nichtselbstständiger Beschäftigung stammt und die eine Einkommensteuererklärung erstellen. Mit aufschlussreichem Ergebnis: Eine deutliche Mehrheit - nämlich 71 Prozent der Befragten - ist dafür, lieber das Steuersystem zu vereinfachen als Steuersätze zu senken. Zur Vereinfachung kann die vorausgefüllte Steuererklärung beitragen. Wichtige Voraussetzungen für deren Akzeptanz scheinen erfüllt, sagen die Nürnberger Forscher: Trotz der heftig geführten Debatte über Datenschutz sind rund 75 Prozent der Befragten damit einverstanden, dass den Finanzbehörden wichtige Informationen, wie Spenden und Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, automatisch übermittelt werden. Mit einer Einschränkung: Nur 63 Prozent befürworten, dass die Finanzämter auch auf Informationen über weitere steuerpflichtige Einnahmen wie Zinseinkünfte und geldwerte Vorteile zugreifen können.
Die breite Zustimmung zur elektronischen Datenübermittlung steht im Gegensatz zu einem gewissen Misstrauen gegenüber der Steuerpolitik. Nach einer allgemeinen Einschätzung des Steuersystems befragt, geben zwei Drittel der Befragten an, dass sie die derzeitige Ausgestaltung, insbesondere die Höhe der Steuersätze und die Steuervergünstigungen, für eher nicht gerecht halten. Rund 60 Prozent sind mit der Verwendung der Steuereinnahmen unzufrieden. Bemerkenswert ist auch die Skepsis gegenüber der Finanzverwaltung. Nur 34 Prozent der Teilnehmer der Befragung stimmen der Aussage zu, dass das Finanzamt alle Bürger gleich behandelt; unwesentlich weniger - 29 Prozent - stimmen nicht zu.
Die Befragung bestätigt andere, bereits bekannte Einstellungen, zum Beispiel zu Steuerplanung und Steuerhinterziehung. So wird Steuerhinterziehung überwiegend abgelehnt; Steuerplanung ist hingegen viel stärker akzeptiert. Nur ein sehr kleiner Teil der Befragten vertritt die Ansicht, dass Einkommen und Werbungskosten nicht vollständig und richtig angegeben werden sollten (zwei bzw. neun Prozent). Rund 40 Prozent der Befragten sind hingegen der Auffassung, dass Steuerplanung auch in rechtlichen Grauzonen legitim ist.
Interessant ist auch die Erkenntnis, dass die Deutschen in punkto Steuern sehr viel ehrlicher sind als sie glauben: Nur ein Viertel gab an, bereits ernsthaft über Steuerhinterziehung nachgedacht zu haben. Dennoch schätzten die Befragten, dass 60 Prozent der deutschen Steuerzahler bereits Steuern hinterzogen hat. Die aktuell viel diskutierte strafbefreiende Selbstanzeige wird von gut der Hälfte der Befragten (52 Prozent), als akzeptable Regelung bewertet. Allerdings fordern zwei Drittel der Befragten die Einführung einer Bagatellgrenze. Viele Steuerhinterzieher mit Konten im Ausland könnten dann aber nicht auf Milde hoffen: Die Höhe der Bagatellgrenze wird von 50 Prozent derjenigen, die eine Bagatellgrenze befürworten, bei 50.000 Euro hinterzogenen Steuern oder niedriger angesetzt.
Die Untersuchung ist Teil des Emerging Fields Projekts "Taxation, Social Norms, and Compliance". In der Emerging Fields Initiative fördert die FAU wissenschaftliche Spitzenprojekte in Themenfeldern, die interdisziplinär angelegt und gerade erst im Entstehen sind. Zum Forschungsteam dieses Projekts gehören Prof. Dr. Matthias Wrede und Friedemann Richter vom Lehrstuhl für Sozialpolitik, Prof. Dr. Martin Abraham und Kerstin Lorek vom Lehrstuhl für Soziologie und empirische Sozialforschung sowie Prof. Dr. Wolfram Scheffler und Daniela Nehls vom Lehrstuhl für Steuerlehre.

Informationen für die Medien:
Prof. Dr. Matthias Wrede
Tel: 0911/5302-951
matthias.wrede@fau.de

Pressekontakt

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

91054 Erlangen

Firmenkontakt

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

91054 Erlangen

Bewußtsein für Tradition und Innovation und eines der breitesten Fächerspektren in der Bundesrepublik kennzeichnen die Friedrich-Alexander-Universität (FAU) Erlangen-Nürnberg. Verwurzt in der klassischen humanistischen Bildung und aufgeschlossen für gesellschaftliche und technologische Veränderungen, will die FAU der Aufgabe gerecht werden, dem Fortschritt mit Umsicht und Verantwortungsbewußtsein den Weg zu bereiten. Mit ihren elf Fakultäten - davon neun in Erlangen und zwei in Nürnberg -, mit 260 Lehrstühlen und insgesamt über 10 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist sie die zweitgrößte Universität Bayerns und ein gewichtiger Faktor in Forschung und Lehre weit über die Region hinaus. Ihr hohes wissenschaftliches Potential macht die FAU zu einem leistungsfähigen Partner für Wirtschaft und Kultur. Mit einem Ausgabevolumen von über eine Milliarde Mark stellt die FAU einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor in der Region dar. An der FAU sind rund 20 000 Studierende immatrikuliert, davon etwa 15 000 in Erlangen und über 5 000 in Nürnberg. 80 % der Studierenden stammen aus dem fränkischen Raum.